

Protokoll:

Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig berichtet, dass das Bundeskanzleramt beabsichtige, für den 28.11.2017 in der Zeit von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr zu einem weiteren „Dieselgipfel“ einzuladen. Die Vorbesprechung mit dem Deutschen Städtetag beginnt um 9.00 Uhr. Nach Ansicht des Herrn Oberbürgermeister ist das Thema „Saubere Mobilität“ für Koblenz von großer Bedeutung, da hiermit erhebliche Fördermittel verbunden sind. Eventuell erfolgen im Rahmen dieses weiteren sog. „Dieselgipfels“ bereits konkrete Förderzusagen. Es geht hierbei für Rheinland-Pfalz um ein Fördervolumen von 50 Mio. Euro, so dass für die Stadt Koblenz als eine von drei von der Überschreitung der NO₂ Grenzwerte betroffenen Städte ein Zuwendungsbetrag von ca. 17 Mio. Euro im Raume steht. Diese Mittel können dann dazu verwendet werden, wichtige infrastrukturelle Maßnahmen zu realisieren. Hinzu kommen noch die zugesagten Landesmittel in Höhe von 1 Mio. Euro, die für die Modernisierung der Filteranlagen in den Bussen der evm Verkehrs GmbH verwendet werden sollen. Die Ministerpräsidentin, Frau Dreyer, hat die Mittel zugesagt. Die Leiterin des Umweltamtes, Frau Effenberger, berichtet, dass derzeit auch der Förderantrag für die Erstellung eines Masterplanes „Saubere Mobilität“ (green-City-Plan) erarbeitet wird. Dieser Masterplan soll bis zum Juli 2018 erstellt sein. Zu klären ist in diesem Zusammenhang noch, ob auch private Unternehmen gefördert werden können und ob eigene Personalaufwendungen, die sich auf das Förderprojekt beziehen, auch förderfähig sind. Der Herr Oberbürgermeister weist darauf hin, dass mit den bundes- und landesspezifischen Förderaktivitäten Fahrverbote ausdrücklich verhindert werden sollen, so dass Dieselbesitzer nicht noch zusätzlich belastet werden soll. Schließlich sind sie bereits bei Erwerb ihres Fahrzeuges durch die Automobilhersteller mit unwahren Aussagen konfrontiert worden. Durch die Fördermittel besteht für die Stadt Koblenz die große Chance, die Infrastruktur in Richtung Elektromobilität, Radverkehr und ÖPNV zu intensivieren.

Ratsmitglied Diehl regt an, dass auch die Personenfähren gefördert werden sollten, auch um das touristische Angebot der Stadt zu ergänzen.

Zum Thema Emissionsfreie Busflotte soll auch an die Wasserstoff betriebenen Busse gedacht werden. Dies soll auch im Förderantrag für den Masterplan „Saubere Mobilität“ Berücksichtigung finden. Dies muss nach Aussage von Frau Effenberger mit der evm Verkehrs GmbH und den Fachdienststellen abgestimmt werden.

Zum Verfahrensstand Landstromanschlüsse wird gebeten, diesen als Anmerkung in das Ergebnisprotokoll aufzunehmen.

Protokollanmerkung:

Die Koblenz-Touristik hat den Vorschlag der Kapazitätserweiterung zur Aufnahme in den Masterplan Bundesförderung eingebracht. Im Rahmen der Masterplanerstellung sollen die notwendigen Voraussetzungen für die Realisierung der Maßnahme näher untersucht werden.

Ausschussmitglied Dr. Bernhard hält die Intensivierung des Radverkehrs in Koblenz für ein sehr wichtiges Thema, um dem Ziel einer emissionsreduzierten Mobilität näher zu kommen.

Ausschussmitglied Dr. Fröhling regt an, auch die Wasserstofftechnologie in die Überlegungen einzubeziehen, da die Batterietechnologie in ihren

Speichermöglichkeiten relativ beschränkt ist. Auch dies soll in den Förderantrag für den Masterplan mit aufgenommen werden.

Ausschussmitglied Dr. Weichert hält die Förderung in neue effiziente Antriebstechniken für notwendig. Alte Techniken sollten demgegenüber nicht mehr gefördert werden.

Ratsmitglied Frau Schumann-Dreyer bringt ihr Missfallen über die belehrende und vorwurfsvolle Stimmung im Umweltausschuss zum Ausdruck. Es dränge sich der Eindruck auf, dass alles, was die Stadt in Richtung Klimaschutz und saubere Mobilität in die Wege leitet, stets kritisiert wird und nichts sei zufriedenstellend. Zielsetzung müsse sein, positive Entwicklungen für Koblenz in Gang zu setzen. Auch Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bestätigt diesen Eindruck der permanenten Kritik im Umweltschuss. Ausschussmitglied Dr. Bernhard hingegen verweist darauf, dass seine Vorschläge in Richtung Klimaschutz etc. stets abgelehnt werden und insoweit positive Entwicklungen verhindert werden. Die Bestrebungen der Stadt in Richtung Klimaschutz hält er für unzulänglich.